

Protokolleintrag vom 27.01.2010

2010/57

Erklärung der CVP- und der EVP-Fraktionen vom 27.01.2010: Gemeinnütziger Wohnungsbau

Namens der CVP- und der EVP-Fraktionen verliest Ernst Danner (EVP) folgende Fraktionserklärung:

Wohnungen in Zürich müssen auch für Familien und Senioren bezahlbar sein:

Die Fraktionen von CVP und EVP verfolgen die Entwicklung des Wohnungsmarktes in der Stadt Zürich mit grosser Besorgnis. Auf der einen Seite gibt es den kommunalen und den genossenschaftlichen Wohnungsbau und die privaten Grundeigentümer, die ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und Wohnungen mit vernünftigem Standard und bezahlbaren Mietpreisen anbieten. Auf der andern Seite treiben institutionelle Anleger und der Gewinnmaximierung verpflichtete Gesellschaften und Private die Preise in die Höhe und verdrängen den Mittelstand aus der Stadt. Das Verschwinden preisgünstiger Wohnungen ist zu einem ernsthaften Problem für breite Bevölkerungskreise geworden. Es ist billig und verwischt wesentliche Ursachen, wenn die Schuld an dieser Entwicklung nur der Zuwanderung zugeschrieben wird. Alle, die an steigenden Immobilienpreisen mitverdienen, und hierzu gehören via Anlagepolitik der Pensionskassen sehr viele auch von uns, sind mit dafür verantwortlich, dass in unserer Stadt günstige Wohnungen zur Glücksache geworden ist.

Die Fraktionen von EVP und CVP wollen, dass die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt so wichtige soziale Durchmischung in der Stadt erhalten bleibt. Vorab für Familien und für ältere Menschen muss in Zürich genügend erschwinglicher Wohnraum geschaffen werden. Das erfordert aus Sicht der CVP und der EVP verschiedene Massnahmen, sowohl kurz- wie auch langfristige. An kurzfristigen Massnahmen erachten es CVP und EVP als zweckmässig, eine Anlaufstelle für Menschen zu schaffen, die ihre Wohnung verlieren und Schwierigkeiten haben eine neue Lösung zu finden. Durch die in grosser Zahl stattfindenden Umbau- und Renovationstätigkeiten geraten viele, v.a. auch ältere Menschen in Not - ihnen muss rasch und unbürokratisch bei der Suche einer Anschlusslösung geholfen werden. Ebenso werden die Fraktionen von CVP und EVP der Motion für vermehrte Beiträge an die Stiftung PWG zustimmen, damit rasch gehandelt werden kann. Mittel und langfristig sollen alle bestehenden Möglichkeiten für den genossenschaftlichen Wohnbau und den Bau erschwinglicher Wohnungen für Familien und für ältere Menschen genützt werden. Verdichtetes und höheres Bauen bei Knotenpunkten des öffentlichen Verkehrs dürfte ebenfalls Linderung verschaffen, die baurechtlichen Verdichtungsmöglichkeiten stossen in den übrigen Gebieten aber bereits heute an Grenzen.

Sachliche Lösungen sind gefragt, nicht Auseinandersetzungen, die von ideologischem Denken geprägt sind. In diesem Sinne nehmen CVP und EVP eine pragmatische Haltung ein, die einen ausgewogenen Umgang mit dem knappen Gut Wohnraum in der Stadt Zürich ermöglicht.